

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Schluss mit unsolider Haushaltspolitik der Staatsregierung - Keine Experimente und Ausgabensteigerung im Staatshaushaltes zulasten der Kommunen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, umgehend ein nachhaltiges Konzept zur Stärkung der kommunalen Finanzausstattung vorzulegen.

Das Konzept beinhaltet insbesondere folgende Maßnahmen:

- Stufenweise Erhöhung des **Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund** von derzeit 12,75 % auf 15 % (vgl. u.a. Drs. 17/13984)
- Erhöhung des Kommunalanteils am Kraftfahrzeugsteuerverbund von 52,5 % auf 65 % (vgl. u.a Drs. 17/20431) zur Finanzierung des kommunalen Straßenbaus-/unterhalts und der Leistungen nach dem ÖPNV-Gesetz (vgl. u.a. Drs. 17/19964, 17/19963)
- Anhebung der Investitionsfördermittel nach Art. 7 FAG auf 550 Mio. €
- Erhöhung der **Finanzzuweisungen** nach Art. 7 FAG für Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis (vgl. u.a Drs. 17/4339)
- Anhebung der Erstattungsquote für die Schülerbeförderung auf 80 % (vgl. u.a Drs.13983) Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude (vgl. u.a Drs.17/19959)
- Investitionskosten Krankenhäuser (vgl. u.a Drs. 17/19962) Sonderinvestitionsprogramm für den Erhalt und gegebenenfalls Neubau kommunale Schwimmbäder (vgl. u.a Drs. 17/22548)
- Sanierung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen (vgl. u.a Drs 17/22548)
- Kompensation der Beitragsausfälle durch die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge (vgl. u.a Drs. 17/22550, 17/22551)
- Beteiligung des Freistaates an den Kosten der Inklusion im Schulbereich Übernahme der Kosten für IT-Ausstattung und Betreuung an Schulen (vgl. u.a Drs 17/22472, 17/22473)
- Kommunaler Schulbau (vgl. u.a Drs. 17/4342)

• Kostenfreie Kinderbetreuung (vgl.17/22508)

Begründung:

Anstatt mit einem Wahlkampf-Nachtragshaushalt in Milliardenhöhe für sinnlose Projekte wie ein bayerischen Weltraumprogramm, einer bayerischen Grenzpolizei und einer bayerischen Kavallerie sind die bayerischen Kommunen mit ausreichenden Finanzmitteln auszustatten, damit sie ihre Aufgaben eigenständig erfüllen könnnen, um nicht länger auf Förderprogramme angewiesen zu sein.